
Liebe Leserinnen und Leser,

das Jahr neigt sich dem Ende zu. Schnee und Eis erschweren in vielen Bereichen das tägliche Leben und haben den DemonstrantInnen, die sich dem Atommülltransport nach Lubmin in den Weg gestellt und gesetzt haben, enorme Kräfte abverlangt (s. Foto; Quelle: <http://de.indymedia.org/2010/12/296552.shtml>). Ihnen und den vielen anderen Aktiven, die sich auch jetzt noch im vorweihnachtlichen Trubel für die Umwelt engagieren, gebührt unser Dank.

Unseren BBU-Mitgliedern, allen Leserinnen und Lesern des Newsletters sowie allen Freundinnen und Freunden des BBU wünschen wir ruhige, besinnliche Weihnachtstage, einige entspannende Tage „zwischen den Jahren“ und einen guten (gesunden) Rutsch in das neue Jahr.

Herzliche Grüße aus der BBU-Geschäftsstelle, vom BBU-Vorstand und von der BBU-Newsletter-Redaktion.



1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Nächste BBU-Mitgliederversammlung am 26. März 2011

Der Termin der nächsten BBU-Mitgliederversammlung (MV) wurde bei der Vorstandssitzung am 21.11. festgelegt. Die MV soll am 26. März in Bonn stattfinden. Die offiziellen Einladungen folgen noch. Bereits jetzt sollten sich alle BBU-Mitglieder Gedanken zur inhaltlichen Ausgestaltung der Mitgliederversammlung machen. Anträge können vorbereitet und Themen für die Tagesordnung vorgeschlagen werden. Anregungen sollten der BBU-Geschäftsstelle möglichst bald mitgeteilt werden. (UB)

Neues BBU-Mitglied

Der Verein MENSCHENRECHTE 3000 ist dem BBU beigetreten. Hier eine aktuelle Selbstdarstellung des Vereins. Wer Möglichkeiten der aktiven und / oder finanziellen Unterstützung sieht, kann sich beim Vereinsvorstand melden.

MENSCHENRECHTE 3000 e. V.

MENSCHENRECHTE 3000 e.V. ist eine unabhängige Gruppe von Personen, die sich aktiv für die weltweite Einhaltung und Durchsetzung der Menschenrechte einsetzt (www.menschenrechte3000.de). MENSCHENRECHTE 3000 wurde 2003 mit dem Untertitel 'Menschenrechte – Umwelt - Gewaltfreiheit' gegründet, denn wir setzen unsere Arbeitsschwerpunkte bei dem Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Umweltproblematik. Häufig geht die Zerstörung der Umwelt mit eklatanten Menschenrechtsverletzungen Hand in Hand: so wird z.B. einerseits beim Abbau von Rohstoffen die Umwelt massiv geschädigt, andererseits werden die Rechte der Bevölkerung grob verletzt (siehe: http://www.ilo169.de/index.php?option=com_content&task=view&id=17&Itemid=39).

Seit 2008 arbeiten wir verstärkt an dem Projekt „uranium-network.org“: Die massiv zunehmende Explorationstätigkeit transnationaler Unternehmen nach Uran, insbesondere in Afrika und Südamerika, führt immer wieder zur Verletzung von Menschenrechten und bedroht die Existenz, die Gesundheit und die Umwelt in betroffenen Ländern wie Niger, Namibia, Malawi, Kongo und Südafrika. Wir arbeiten mit Betroffenen vor Ort, klären über die Folgen von Uranabbau in jedweder Hinsicht auf, bringen die Problematik Uranabbau hier in das Bewusstsein der Öffentlichkeit, der Politiker mit Hilfe der Medien (siehe www.uranium-network.org). Bei diesen Aktivitäten arbeiten wir eng mit Organisationen der Anti-Atom-Bewegung sowohl auf bundesweiter als auch auf internationaler Ebene zusammen.

Kontakt:

info@menschenrechte3000.de Diese E-Mail-Adresse ist gegen Spambots geschützt! JavaScript muss aktiviert werden, damit sie angezeigt werden kann.

Menschenrechte 3000 e. V.

Postfach 5102, 79018 Freiburg

Spendenkonto: Volksbank Freiburg BLZ 680 900 00 Kto-Nr. 21 33 57 03

Der BBU warnt vor den Gefahren salzhaltiger Streumittel

Vor dem Hintergrund des Wintereinbruchs in verschiedenen Regionen der Bundesrepublik hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) vor den Gefahren salzhaltiger Streumittel gewarnt. Diese belasten die Pflanzen, Bäume, Böden sowie Oberflächengewässer und das Grundwasser. Zudem ist Streusalz auf den Wegen eine Belastung für Hunde- und Katzenpfoten.

Aus Sicht des BBU sollte auf den Straßen, aber auch auf den Rad- und Fußwegen, das Schneeräumen absoluten Vorrang haben. „Wenn Straßen und Wege gründlich vom Schnee befreit werden, schafft es oft selbst die schwache Wintersonne, Schneereste zu beseitigen“, so Udo Buchholz, Vorstandsmitglied des BBU.

Der BBU betont, dass kommunale Streusalzverbote unbedingt beachtet werden sollten. Die Kommunen selber sollten bevorzugt abstumpfende Mittel einsetzen, so der Verband. Den Einzelhandel fordert der BBU dazu auf, umweltfreundlichere, salzfreie Streumittel vorrätig zu halten und anzubieten.

An die Autofahrer/innen appelliert der BBU, derzeit besonders vorsichtig zu fahren und Rücksicht auf schwächere Verkehrsteilnehmer/innen zu nehmen. Mit Blick auf den Öffentlichen Personen Verkehr fordert der BBU den Einsatz von zusätzlichen Bussen und Bahnen, um gerade jetzt bei der schlechten Witterung den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn zu erleichtern und um überfüllte Fahrzeuge, gerade in der Vorweihnachtszeit, zu vermeiden.

Pressemitteilung des BBU vom 30.11.2010

2. Themenbereiche

Anlagensicherheit

Neuer KAS-Leitfaden

(UB) Im November ist die 2. überarbeitete Fassung der „Empfehlungen für Abstände zwischen Betriebsbereichen nach der Störfall-Verordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung - Umsetzung § 50 BImSchG“ der KAS (Kommission für Anlagensicherheit) erschienen. Der KAS gehört auch Oliver Kalusch, Mitglied des Geschäftsführenden BBU-Vorstandes, an. Der neue Leitfaden kann gegen eine Schutzgebühr bestellt oder im Internet herunter geladen werden: http://www.kas-bmu.de/publikationen/kas_pub.htm

Artenschutz

Torpediert der Steinkauz ein neues Wohngebiet?

„Kaum ist diese Hürde genommen, taucht eine weitere im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens auf: Sie hat braunweiße Federn, ruft "uwitt, uwitt" und heißt Steinkauz. Die Eulenart steht auf der Roten Liste, ist streng geschützt und wurde im geplanten Neubaugebiet gesichtet und gehört.“ Soweit die Stuttgarter Nachrichten / Nord-Rundschau vom 23.11.2010. Den ganzen Artikel findet man unter

<http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.steinkauz-als-planungsbremse.a6a862a5-905f-4ac5-9013-0ab94df22a6a.html>.

Atomindustrie

Ostermontag 2011 und der 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe...

... fallen im neuen Jahr nicht auf einen Tag – aber fast. Ostern ist 2011 relativ spät, und zwar am 24. und 25. April. Und einen Tag nach Ostermontag ist am 26. April der 25. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe. Die zeitliche Nähe soll genutzt werden, um am Ostermontag bundesweit vor Atomanlagen an Tschernobyl zu erinnern und der Forderung nach dem Atomausstieg weiteren Nachdruck zu verleihen. Ein erstes bundesweites Vorbereitungstreffen hat bereits am 4. Dezember stattgefunden, mehr dazu unter

http://cms.ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=view&id=657&Itemid=1. Das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen soll am 29. Januar in Kassel stattfinden. Bis dahin kann und soll in den einzelnen Regionen diskutiert werden, welche Aktionen Ostermontag an den jeweiligen Atomanlagen stattfinden sollen. Selbstverständlich finden 2011 auch die dezentralen Ostermarschaktionen der Friedensbewegung statt; eine enge Verzahnung der Aktivitäten wäre wünschenswert. (UB)

Auch 2011: NRW-Protest gegen Atomanlagen

(UB) Am 5.12. hat erneut ein Treffen der NRW-Landeskonferenz gegen Atomanlagen stattgefunden. Gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, dem BUND NRW und anderen Initiativen hatte auch der BBU zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen. Diskutiert wurde über die Situation an den Standorten der Atomindustrie zwischen Rhein und Weser. Am 30. Januar soll eine Demonstration in Jülich stattfinden. Dort befinden sich das (Kern)Forschungszentrum Jülich und ein Forschungssitz der Urenco, die in Gronau die Urananreicherungsanlage (UAA) betreibt. Die Demonstration soll sich auch gegen Atommülltransporte von Jülich nach Ahaus richten. Ostermontag soll es im Rahmen bundesweiter Anti-Atomkraft-Aktionen eine landesweite Aktion im Münsterland (im Bereich Gronau / Ahaus) geben, und zwar im Schulterschluss mit den traditionellen Ostermarschaktivitäten. Ein

landesweites Vorbereitungstreffen wird am 14. Januar in Münster stattfinden. Nähere Informationen gibt es beim AK Energie des BBU unter Tel. 02562-23125.

Ver-Sander-Initiative

BI Umweltschutz: "Effekt heischendes Ablenkungsmanöver"

Für die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) ist es nur ein "billiges, Effekt heischendes Ablenkungsmanöver": Am Montag hatte der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander gefordert, die Castor-Transporte nach Gorleben auszusetzen. "Wir werden alles daran setzen, dass keine weiteren Castoren nach Gorleben kommen, solange der Salzstock dort als mögliches Atomendlager ergebnisoffen erkundet wird", sagte der FDP-Politiker. "Das muss in Ruhe erfolgen, ohne jährliche Großdemonstrationen." - Und damit habe Sander nach Ansicht der BI auch gleich eines seiner eigentlichen Motive offengelegt: "Er will alles daran setzen, dass in

Gorleben in Ruhe weiter "erkundet" - also ausgebaut werden kann, ohne jährliche Großdemonstrationen" - im gleichen Atemzug empfiehlt Sander als Zwischenlager Ahaus, wo gerade nach massivem Protest der Abtransport

von 951 Brennelemente aus dem ehemaligen DDR-Kernforschungszentrum Rossendorf in die Anlage Majak in Russland abgesagt wurde. "Das Hin und Herschieben des Atommülls kann nicht über das weitere Hin- und Herschieben des gebotenen Atomausstiegs hinwegtäuschen, der steht auf der Tagesordnung. Sander aber macht sich stark für den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken. In Gorleben wird ohnehin keine Ruhe einkehren, solange der marode Salzstock im Pool möglicher Endlagerstandorte bleibt", verheißt die BI. Von der politischen Reife der Atomkraftgegner/innen im Münsterland hingegen könne sich die Parteipolitik etwas abgucken: "Nichts rein, nichts raus" lautete dort die Parole, von Sankt Florian keine Spur, schließlich plädierten die Bürgerinitiativen dafür, dass der hochradioaktive Müll nicht in das Skandalgebiet Majak abgeschoben wird. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: "Die Sankt Florianer sitzen auf Ministersesseln in Hannover oder Stuttgart und zeigen mit dem Finger aufeinander."

Leicht gekürzte Pressemitteilung der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg vom 7.12.2010; weitere Infos der BI unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de>. Die BI ist eine BBU-Mitgliedsinitiative.



Kein Jubel über den Verbleib des Atommülls in Ahaus

Die Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ ist einzig und allein über die Tatsache erfreut, dass sie bei einigen Politikern einen Denkprozess in die richtige Richtung angestoßen hat. Mit Röttgens Absage der Atommülltransporte von Ahaus nach Majak (Russland) ist lediglich eine zeitlich begrenzte Variante von nur zwei Optionen gewählt worden. Für die BI gab es nur die Wahl zwischen den unsicheren Transporten nach Majak mit unüberschaubaren Gesundheitsrisiken für die Menschen in dieser Region oder der weiteren Zwischenlagerung in Ahaus. Mit der Entscheidung sind schwerwiegende Folgen für Ahaus und die Atommüllentsorger deutlich geworden.

Die 951 Brennelemente aus Dresden- Rossendorf sind:

- Zwei bis sechs mal so hoch angereichert wie Brennelemente aus Leistungsreaktoren und somit nicht direkt „endlagerfähig“. D.h. vor der Endlagerung muss eine Abreicherung und Neukonditionierung durchlaufen werden.
- Teilweise über 50 Jahre alt und auf Grund veralteter Technik sehr brüchig bzw. anfällig gegen Transporterschütterungen.
- Im Jahr 2005 nach Ahaus transportiert worden, um unmittelbar nach der Zwischenlagerung in ein Deutsches Endlager überführt zu werden. Betreibern und Behörden war 2005 schon klar, dass diese Variante unmöglich und somit rechtswidrig war.

Mit Röttgens Entscheidung vom 6. Dezember 2010 ist die Misere um die mögliche Endlagerung von Atommüll noch deutlicher geworden. Die Endlagerung von Atommüll ist in Deutschland politisch, rechtlich und technologisch gescheitert. Gegenüber unseren Nachbarländern besteht bei der Endlagersuche ein Rückstand von 20 mindestens zwanzig Jahren.

Für die Anti-Atom-Bewegung ist nur ein Lösungsweg in Sicht:

- Abschalten aller Atomanlagen.
- Eine technologisch, rechtlich und politisch einwandfreie und transparente Endlagersuche mit Beteiligung der Öffentlichkeit.
- Ein echter Optionsvergleich zwischen drei oder mehr Endlagern.
- Sicherung aller Gelder und Rücklagen zur Endlagersuche und zum Endlagerbau durch den Bund.

„Wir sind nicht glücklich über Röttgens Entscheidung, es besteht auch kein Grund zum Jubeln, aber wir sehen die Probleme mit dem Atommüll wesentlich realistischer und fordern daher ein Umdenken in Politik und Verwaltung“, so Felix Ruwe, der Sprecher der BI-Ahaus.

Gekürzte Pressemitteilung der Bürgerinitiative „Kein Atommüll in Ahaus“ vom 9. Dezember 2010. Die BI ist eine BBU-Mitgliedsinitiative. Weitere Infos zur Situation in Ahaus gibt es unter www.keincastornachahaus.de.

700 Tonnen Uranmüll rollen mit unbekanntem Ziel durch das Münsterland

Der BBU fordert von der Bundesregierung die sofortige Einstellung des Uranmüllexports. Wie der BBU heute in Erfahrung gebracht hat, hat heute gegen Mittag ein Sonderzug mit Uranmüll in Form von Uranhexafluorid die Gronauer Urananreicherungsanlage verlassen. Der Zug setzte sich aus zunächst 14 Waggons zusammen und hatte somit er-

fahrungsgemäß rund 700 Tonnen Uranhexafluorid geladen. Uranhexafluorid ist radioaktiv und reagiert bei Freisetzungen mit Wasser zur hochgefährlichen Flusssäure. Der Zug wurde um 12.45 in Burgsteinfurt gesehen, um 15.45 in Rheine (Kreis Steinfurt). Dort bestand er plötzlich aus fast 20 Waggons. Möglicherweise ist er auf dem Weg nach Rotterdam.

Der BBU kritisiert in scharfer Form, dass Bundesumweltminister Röttgen nicht gegen die ständigen Uranmülltransporte von Gronau in das Ausland aktiv wird. „Der Bevölkerung wird nicht mitgeteilt wohin der Uranmüll transportiert wird“, so der BBU. „Hilfs- und Rettungskräfte an den Transportwegen sind nicht informiert und wären im Katastrophenfall unvorbereitet.“

BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz: „Wir wissen nicht, zu welcher Anlage der Uranmüll transportiert wird und wie es um die Sicherheit beim Zielort bestellt sein mag. Vermutlich weiß das selbst der Bundesumweltminister nicht. Die Landesregierung NRW ist mit aufgefordert, derartige Transporte zu unterbinden!“

Informationen über die Anlage gibt es beim AKU Gronau unter www.aku-gronau.de und unter 02562-23125.

Leicht gekürzte BBU-Pressemitteilung vom 13.12.2010.

Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/13.12.10.htm>

Lubmin

(UB) Nur mit großem Polizeiaufgebot konnte der Atommülltransport aus Frankreich zum Atommüll-Lager Lubmin gebracht werden. Jetzt sollen Demonstranten, die den Transport kurz vor dem Ziel aufhalten konnten, zur Kasse gebeten werden:

<http://www.dnews.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/392761/castor-blockierer-sollen-polizeieinsatz-bezahlen.html>. Wieder sollen grundlegende Verhältnisse auf den Kopf gestellt werden. Kritische Stimmen sollen zum Schweigen gebracht werden, während die Atommüll-Produzenten weiterhin Atommüll produzieren dürfen, obwohl weit und breit kein Endlager in Sicht ist.

Weitere Infos zum Widerstand gegen die Atommüllverschieberei nach Lubmin unter <http://lubmin-nixda.de>.

CO2-Endlagerung

Kein CCS-Gesetz in 2010

(UB) Neue Informationen zum Thema CO2-Endlagerung gibt es auf der Homepage der BBU-Mitgliedsinitiative Bürgerinitiative "Gegen das Steinkohlekraftwerk Arneburg e.V." unter

http://www.gegen-steinkohlekraftwerk-arneburg.de/index.php?klick=0&isnl=1&ktm_nr2=339&no_popup=1&externe_db=0.

Friedens- und Antikriegsbewegung

Antikriegskongress in Berlin

(UB) Der BBU hatte den Aufruf zur Teilnahme an dem Antikriegskongress, der vom 26. – 28. November in Berlin stattgefunden hat, unterstützt. Hier zwei Presseberichte über den Verlauf des Kongresses:

<http://www.neues-deutschland.de/artikel/185243.protest-ins-kleine-tragen.html>

<http://www.taz.de/1/berlin/artikel/1/friedliches-miteinander>

Weitere Informationen über den Kongress unter <http://antikrieg.blogspot.de>.

Januar: 8. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

(UB) Zum Thema „Kriegsgefahren im Nahen und Mittleren Osten - unsere Handlungsmöglichkeiten für Frieden“ findet am 21. und 22. Januar 2011 in Hannover die 8. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden statt, der auch der BBU angehört. Information über die Kooperation und die Konferenz findet man hier <http://www.koop-frieden.de>.

Gasförderung

Unkonventionelle Erdgasförderung

Aktuelle Informationen zur Problematik der Förderung unkonventionellen Erdgases mittels Fracing findet man auf der Homepage der BBU-Mitgliedsinitiative VSR-Gewässerschutz (<http://www.vsr-gewaesserschutz.de/6.html>) sowie auf der Homepage der neu gegründeten IGGG (<http://www.gegen-gasbohren.de/>). In der aktuellen Ausgabe der Zeitschrift Waterkant (<http://www.waterkant.info/>), die in den nächsten Tagen erscheinen wird, wird das Thema auch behandelt. *Harald Gülzow, Geschäftsführendes BBU-Vorstandsmitglied*

Gewässerschutz

VSR-Gewässerschutz e. V.

(UB) Der Verein VSR-Gewässerschutz, der zu den BBU-Mitgliedern gehört, hat in diesem Monat wieder neue Pressemitteilungen zu verschiedenen Themen veröffentlicht. So z. B. am 13. Dezember zum Recycling von Enteisungsmitteln bei Flughäfen und am 3. Dezember zu drohenden Grundwasserbelastungen durch unkonventionelle Gasfördermethoden. Alle Pressemitteilungen unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/11.html>.

Klimaschutz

Aktion gegen das Kohlekraftwerk Krefeld-Uerdingen:

(UB) Am 4. Dezember fand um 5 vor 12 eine Aktion des Klimabündnisses Niederrhein zum Weltklimatag 2010 statt, direkt gegenüber dem geplanten Standort des Kohlekraftwerks Krefeld Uerdingen. Nähere Informationen dazu gibt es unter <http://www.bi-saubere-luft.de/4.html>.“ Inzwischen ist weiteres Leben in die Debatte um das Kohlekraftwerk gekommen. Es gibt Anzeichen für ein (mögliches) Umschwenken Richtung Gaskraftwerk:

http://www.rp-online.de/duesseldorf/meerbusch/nachrichten/Trianel-prueft-Gaskraftwerk_aid_938706.html

Cancun

(UB) Die Ergebnisse UN-Klimakonferenz, die in Cancun stattgefunden hat, werden unterschiedlich bewertet. Hier einige Stimmen zu den Ergebnissen:

- http://diepresse.com/home/panorama/welt/617910/KlimaBeschluesse-bringen-keine-Loesungen?_vl_backlink=/home/panorama/welt/index.do
- http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2010/32748755_kw50_weltklimagipfel/
- <http://www.otz.de/startseite/detail/-/specific/HINTERGRUND-Plaene-zu-weniger-CO2-Ausstoss-reichen-noch-nicht-1833781578>

Klimazerstörer „Fleischkonsum“

Die Bürgerinitiative "Gesundheit und Klimaschutz Unterelbe" www.bi-unterelbe.net, die dem BBU angeschlossen ist, kämpft zurzeit noch gegen die größten in Deutschland geplanten Kohlekraftwerke in Brunsbüttel. Doch für die Zukunft formiert sich die BI bereits für den Kampf gegen den allerschlimmsten Klimazerstörer: Unseren Fleischkonsum. Eine schwierige Aufgabe, und diese beginnt bei uns selbst! Folgende Videos können dabei helfen:

<http://www.donnerstag-veggietag.de/start.html>, <http://vimeo.com/9582530>

Quelle: E-Mail der BI vom 19.11.2010

Landwirtschaftspolitik

Wir haben es satt! Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumping-Exporten

Demonstration am Samstag, 22. Januar 2011 in Berlin, 12 Uhr Hauptbahnhof, Washingtonplatz

Der BBU unterstützt den Aufruf zur Demonstration. Wir dokumentieren hier den (aus Platzgründen) leicht gekürzten Aufruf zur Demonstration, der von immer mehr Verbänden und Initiativen unterzeichnet wird.

Während der Messe „Grüne Woche“ in Berlin treffen sich am 22. Januar 2011 Landwirtschaftsminister aus aller Welt und internationale Agrarkonzerne auf Einladung der Bundesregierung. Das Ziel von Monsanto, Müller Milch, BASF und Co.: die Industrialisierung der Landwirtschaft voran zu treiben. Das heißt: Gentechnik, Tierfabriken und Dumping-Exporte. Die Agrarkonzerne wollen für Gen-Saat, Agro-Chemie und Industrie-Food grenzenlose Märkte und weitere Milliarden-Subventionen. Diese Agrarpolitik haben wir satt!

- Sie fördert die Gentechnik-Industrie.
- Sie zerstört unsere Umwelt und die biologische Vielfalt.
- Sie zerstört lokale Märkte und schafft Hunger in Entwicklungsländern.
- Sie macht krank, erlaubt Tierquälerei und mästet Agrarindustrie.
- Sie schafft unmenschliche Arbeitsbedingungen auf Plantagen, in Ställen und Schlachthöfen.
- Sie macht Lebensmittel zu Agro-Sprit und heizt den Klimawandel weiter an.

Wir wollen:

- gentechnikfreie, gesunde und fair produzierte Lebensmittel
- eine bäuerlich ökologische Landwirtschaft in Europa und weltweit
- eine tiergerechte und klimaschonende Landwirtschaft

Wir fordern von Merkel, Aigner und Barroso, von Berlin und Brüssel:

- Ausstieg aus der Agro-Gentechnik - sofort!
- Kein Patent auf Leben!
- Stopp der Subventionen für industrielle Tierhaltung!
- Stopp der Milchseen und Fleischberge! Stopp von Dumping-Exporten in Entwicklungsländer!
- Stopp der Spekulationen mit Lebensmitteln!
- Faire Marktregeln für bäuerlich ökologische Landwirtschaft weltweit!

Wir fordern eine neue, gerechte Agrarpolitik - in Deutschland und Europa!

Ja zu bäuerlich ökologischer Landwirtschaft weltweit!

Weitere Informationen zum Ablauf der Demonstration und über Fahrmöglichkeiten gibt es unter

<http://www.wir-haben-es-satt.de/start/home>



Stuttgart 21

Schwabenstreiche in Emden und Groningen

Nach der gescheiterten Schlichtung (Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Stuttgart 21) und den nun geplanten Bauvergaben durch die Bahn, müssen wir schnell reagieren. Wir dürfen nicht zu lassen, daß keine unumkehrbaren Tatsachen geschaffen werden.

Deshalb lade ich zum 1. Schwabenstreich in Emden und Groningen für :

- Den Erhalt der Ems und des Dollarts
- Die Freie Bewegung zur Unterstützung von freiem Wähler-Willen, Basis-Demokratie, Mitbestimmung und Volksentscheide, ein.

Er ist für den 27.12.2010, in Emden und Groningen am Hauptbahnhof, Haupteingang geplant. Beginn: 18:30 h, Schwabenstreich : 18:59-19:00 h. Mitzubringen: Trillerpfeifen, Vuvuzela´s, Trommeln, alles was Lärm macht. Wichtig: Ohrstöpsel. Plakate: Den Erhalt der Ems und des Dollarts, Gegen Stuttgart 21, die gescheiterte Schlichtung!

Weitere Informationen gibt es bei mir. Ich wünsche Euch eine schöne Adventszeit und ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Gernot Schulz, ObenBleiben

Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Gernot Scholz inittiert gerne weitere Schwabenstreiche in anderen Orte und vertreibt Lebkuchenherzen zur Unterstützung des Widerstandes gegen Stuttgart 21. Weitere Informationen unter <http://www.schwabenstreich.info>



Verkehrspolitik

Demonstration trotz Frost und eisigem Wind gegen den Flughafen Twente / BBU unterstützt weiterhin den Widerstand gegen die Flughafenpläne

Rund 50 Mitglieder verschiedener niederländischer und deutscher Verbände und Bürgerinitiativen gegen den Flughafen Twente bei Enschede (NL) haben am heutigen Mittwoch (1.12.) bei Frost und eisigem Wind gegen den geplanten Flughafen demonstriert. Anlass war die Übertragung des Flughafengeländes von der niederländischen Regierung auf die Stadt Enschede und die Provinz Overijssel.

Das Flughafengelände ist nur wenige Kilometer von der deutsch-niederländischen Grenze entfernt. In der Nähe befinden sich der Kreis Borken (NRW) und der Kreis Grafschaft Bentheim (Niedersachsen). Der ehemalige Militärflughafen soll zukünftig als ziviler Verkehrsflughafen genutzt werden. Hiergegen haben sich u. a. Bürgerinitiativen, Umweltverbände und auch Kommunen, besonders in der Grafschaft Bentheim, ausgesprochen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) war durch sein Vorstandsmitglied Udo Buchholz bei der Demonstration vertreten. Der BBU wird auch weiterhin den grenzüberschreitenden Widerstand gegen den Flughafen Twente unterstützen. Gegen die Einrichtung des Flughafens hatten auch der BBU sowie seine regionalen Mitglieder, der Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau und die Grafschafter Bürgerinitiative Umweltschutz, Einspruch erhoben. Mehr dazu im Internet unter

<http://www.bbu-online.de/Genehmigungsverfahren/Flughafen%20Twente.pdf>

Weitere Informationen über die Flughafenpläne und über den Verlauf der Demonstration gibt es bei den Bürgerinitiativen gegen den Flughafen. Informationen im Internet gibt es u. a. unter <http://www.buergerinitiative-gegen-flughafen-twente.de>

Leicht gekürzte Pressemitteilung des BBU vom 1.12.2010. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202010/01.12.10.htm>

März: 18. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress (BUVKO)

Bitte vormerken: Der 18. BUVKO findet vom 18. bis 20. März 2011 in Trier an der Mosel unter dem Motto "Grenzen des Verkehrs, Verkehr ohne Grenzen?" statt. Anregungen nehmen wir gerne entgegen!

Der BUVKO wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt und dem Umweltbundesamt.

BUVKO-Kongressbüro, Exerzierstr. 20,13357 Berlin, Fon 030/ 492 74 73, Fax 492 79 72, info@buvko.de, <http://www.buvko.de>



BUVKO 2011

Impressum

BBU-Newsletter Nr. 12 / 2010, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Mitglied des BBU-Vorstand'. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail oder Fax) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 10.01.2011. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.